

Wo liegt Serbien? oder das Ende einer Irrfahrt

Man mag sich nur ungern an die Tage des Regimes von Slobodan Milošević erinnern, doch macht es Sinn, sich ab und zu einen Blick in die jüngste Vergangenheit zu gönnen, um das Neue, das langsam in den Winkeln Europas heranwächst, in seiner ganzen Dimension zu begreifen. Vorbei sind die Zeiten, als der kommunistische Moloch in seinen letzten Atemzügen lag und unter dem Damoklesschwert der internationalen Staatengemeinschaft Ausschau nach Verbündeten hielt. Und Milošević und die seinen mussten sehr weit schauen. Dass weder das Reich der Mitte noch die roten Dinosaurier in Pjöngjang die serbische Zukunft in eine bessere Zukunft führen können, mochte selbst den größten Bewunderern des Milošević Clans einleuchten. Serbien ist ein europäischer Staat, der kulturell von Nordkorea ebenso weit entfernt liegt wie eine sonnige Insel in der Südsee vom alpinen Skiweltcup. Nun, die Ära Milošević, die das Land in die Isolation führte, ist seit Jahren Geschichte. Spätestens mit dem Referendum vom Mai 2006, als sich die Bevölkerung Montenegros endgültig für den Gang in die staatliche Unabhängigkeit entschieden hatte, waren die letzten großserbischen Träume zerplatzt. Belgrad hat sogar Mühe, den Kosovo in den eigenen Grenzen zu halten. Und dabei kann man den Kosovaren nicht einmal einen Vorwurf aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Serbien machen. Was hat dieser Staat seinen Bürgern zu bieten? Es ist ein Dasein in Agonie und Armut, ein Staat, dem es seit dem Zerfallsprozess zu Beginn der 1990er Jahre immer weniger gelingt, die elementaren Bedürfnisse seiner Bürger zu befriedigen. Was dieses Land neben internationalen Hilfsprogrammen zur Reanimation des wirtschaftlichen Lebens am allernotwendigsten braucht, liegt im psychologischen Bereich. Serbien braucht neue Perspektiven, die Gewissheit, dass es am Ende eines langen Tunnels doch einen Lichtblick gibt. Und diese Perspektive kann nur Europa bedeuten, Europa und seine demokratischen, rechtstaatlichen Einrichtungen. An der Spitze dieser Entwicklung muss der Beitritt zur Europäischen Union (EU) stehen, der zumindest als oberste Zielsetzung zwischen Brüssel und Belgrad definiert werden muss. Ein kurzer Blick nach Rumänien zeigt, was an positiven Energien und Impulsen der Schritt in die Vollmitgliedschaft bewirken kann. Freilich gibt es in Rumänien noch ganze Berge an Problemen abzutragen, doch schafft die EU-Mitgliedschaft das imaginäre Ideal einer Zukunft, die im Bewusstsein der Bevölkerung den Glauben an ein besseres morgen provoziert. 2007 wird Hermannstadt in Siebenbürgen zur europäischen Kulturhauptstadt gekürt werden. Dieses Ereignis hat im Vorfeld der Stadt eine Impulsivität verlieht, die Hermannstadt aus einem jahrelangen Tiefschlaf gerissen hat. An allen Ecken der Stadt wird gebaut, gehämmert, entstehen Hotels, werden Straßen von ihren Schlaglöchern befreit und, was wohl zum gegenwärtigen Klima beiträgt, es wird in der Stadt eine positive Aufbruchstimmung erzeugt. Und das ist es, was die europäischen Länder am Balkan brauchen. Serbien hat sich nach einer langen Odyssee auf den Weg nach Europa aufgemacht. Der Weg dorthin ist steinig und mühsam, kann aber auch als Befreiungsschlag und als Akt der Vergangenheitsbewältigung genutzt werden. Immerhin gibt es in diesem Land immer noch genügend Schlupflöcher, in denen sich die Vertreter der alten kommunistischen Seilschaften mit Komponenten eines ultranationalen Kurses auf Ebene des großserbischen Chauvinismus die Hände reichen. In Serbien tobt derzeit ein ideologischer Richtungsstreit, der letztlich darüber entscheiden wird, ob sich die europäischen Unionisten gegen die serbischen Nationalisten durchsetzen können. Dieser politische Machtkampf ist noch lange nicht entschieden, doch mehren sich die Anzeichen dafür, dass sich das europäische Lager nachhaltig

durchsetzen kann. So hat sich Ende Oktober nach einem zweitägigen Referendum eine hauchdünne Mehrheit von knapp 51% für die neue Verfassung entschieden. Mit der neuen serbischen Verfassung wurde die Verfassung von 1990 außer Kraft gesetzt, die noch an der territorialen Integrität des alten Jugoslawiens festhielt. Mit der neuen Verfassung scheint Belgrad endlich die neue Realität zu akzeptieren und den territorialen Status quo anzunehmen, obwohl der Kosovo auch künftig den politischen Eliten in Belgrad einiges an Kopfschmerzen bereiten wird. Ob die Zusagen in der neuen Verfassung, die dem Kosovo die „Stellung einer substanziellen Autonomie“ zusichert, ausreichen, um die Autonomisten zu befriedigen, wird davon abhängen, mit welchen politischen Inhalten die zugesicherte Autonomie gefüllt werden wird. Ähnliches gilt auch für die ethnischen Minderheiten in Serbien. Auch an dieser Stelle garantiert die neue Verfassung unter Art. 21, dass jede „Art einer direkten oder indirekten Diskriminierung, die aufgrund von Rasse, Geschlecht, nationaler Abstammung, sozialer Herkunft, Geburt, Religion, politischer oder einer anderen Meinung, Einkommen und Besitz, Kultur, Sprache, Alter, geistiger oder körperlicher Beeinträchtigungen erfolgt, ist verboten.“ Serbien garantiert, die „nationalen Minderheiten“ zum Zweck der „Bewahrung ihrer Identität“ (Art. 14) zu schützen und verpflichtet sich, Minderheitenrechte in Übereinstimmung mit internationalen Vereinbarungen zu beachten. Die serbische Regierung hat mit diesem Schritt die eigene Tür nach Europa einen Spalt breit aufgemacht. Die Verantwortlichen in der EU sind jetzt gefordert, den demokratischen Kräften in Belgrad die Hand zu reichen und mit konkreten Programmen an sich zu binden, die eine Modernisierung und Demokratisierung der serbischen Zivilgesellschaft ermöglichen sollen. Als letzten Punkt möchte ich noch eine Frage aufgreifen, die in das Schicksal der Donauschwaben hineinspielt und die Restitutionsfrage aktualisiert. Auch hier hat die Republik Serbien mit dem Gesetz zur Feststellung des enteigneten Vermögens einen wichtigen Schritt gesetzt und eine Bereitschaft zur Aufarbeitung der Vergangenheit signalisiert. Letztlich wird aber das Entschädigungsgesetz und die darin festgelegten Durchführungsbestimmungen zeigen, ob Serbien bereit ist, den Schritt zu einer Wiedergutmachung zu machen, zu dem EU-Staaten wie Tschechien bis heute zu gehen nicht bereit sind.

Wassertheurer Peter